zahlungsvorschüsse zu leisten. Das ist auch bisher schon geschehen. Eine besondere reichsgesetzliche Regelung ist daher nicht nötig.

Abg. Landsberg (Soz.) verlangt rückwirkende Kraft für die Regelung der Frage der Kriegsprimaner.

Unterstaatssekretär Dr. Lewald: Bei der zwischen den Bundesstaaten getroffenen Verständigung in der Frage der Kriegsprimaner bleibt allerdings für die Vergangenheit der Zustand bestehen, daß die während des Krieges ins Heer eingetretenen bayrischen und württembergischen Kriegsprimaner nach zwei Jahren ohne weiteres das Reifezeugnis erhalten, während die in den anderen Bundesstaaten nach dem Kriege noch eine Reifeprüfung abzulegen haben. Eine nachträgliche Ausdehnung dieser Bestimmungen auf alle Kriegsprimaner, die bisher die Reifeprüfung nicht abgelegt haben, erscheint nicht angebracht; denn es würde eine Benachteiligung derer bedeuten, die das Examen bestanden haben, und gleichzeitig müßte denen das Reifezeugnis erteilt werden, die durchgefallen sind. Auch hier gilt der Satz, daß die Interessen der Allgemeinheit denen des einzelnen, mögen sie noch so berechtigt erscheinen, vorangestellt werden müssen.

Abg. Kunert (Unabh. Soz.) fordert, daß die Vordelle im Etappen- und Operationsgebiet mit Eintritt des Waffenstillstandes nicht geschlossen werden sollen.

Ein Regierungsvertreter erklärt, daß die Entscheidung darüber nur nach Lage der örtlichen Verhältnisse getroffen werden kann.

Die Ueberwachung der Kriegsbetriebe

Die Aussprache über die Daimler-Angelegenheit wird darauf fortgesetzt.

Der Ausschuß schlägt einige Entschließungen vor: Der Reichskanzler wird um eine Bundesratsverordnung ersucht, die ihn ermächtigt, die Geschäftsbücher und anderen Unterlagen in diesen Betrieben überwachen zu lassen, ferner sollen bei sämtlichen zentralen Beschaffungsstellen des Heeres und der Marine Preisprüfungsstellen eingerichtet werden. Zur Ueberwachung der Tätigkeit der einzelnen Prüfungsstellen soll eine Zentralstelle geschaffen werden.

Abg. Reinath (Natl.): Der Fall Daimler hat große Erregung im Volke hervorgerufen. Das ist ja kein Wunder; denn in der jetzigen Zeit, in der weite Kreise Not leiden müssen, ist das Volk für solche Fragen besonders reizbar. Die Drohung mit der Betriebseinstellung ist eine tiefbedauerliche Entgleisung. Auch die schwebenden Preiserhöhungen sind sehr auffallend. Im übrigen müssen wir

das Ergebnis des Gerichtsverfahrens abwarten,

ehe wir ein Urteil fällen. Die Anklage wegen Landesverrat ist ja inzwischen eingestellt worden. Den Beschlüssen des Ausschusses stimmen wir zu, weil dadurch die Regierung größere Machtmittel in Einzelfällen erhält. Für ein allgemein schärferes Vorgehen der Regierung gegen die Industrie sehen wir keinen Anlaß. Von einer allgemeinen Ueberteuerung des Staates kann keine Rede sein. Unsere Industrie hat die Kriegsarbeit besser und billiger durchgeführt als die feindliche Industrie. Es gibt auch große Teile der Industrie, die keine Kriegsgewinne gemacht haben, die sich im Gegenteil sehr schwer behaupten konnten. Nach dem Kriege werden die Preise heruntergehen müssen, wenn unsere Ausfuhr konkurrenzfähig werden will. Zur Verteuerung der Preise hat die Abschließung vom Weltmarkt und die Hamsterpsychologie beigetragen. Wenn nach den Worten eines Dezernenten im Kriegsamt die Behörden wuchern dürfen, so kann man sich über die Preise nicht wundern.

Abg. Schiele (Kons.): Ich muß dagegen Verwahrung einlegen, daß man ungeklärte Einzelfälle benutzt, um gegen die ganze Industrie solche Vorwürfe zu erheben, wie das Roske getan hat. Wenn uns Erzberger die englische Industrie als mustergültig vorhielt, so fehlt es in England keineswegs an Klagen über Lieferungsskandale. Der Fall Behr-Pinnow liegt, wie sich selbst gezeigt hat, ganz anders, als er zur Zeit der Ausschußverhandlungen aussah. Im Falle des Kammerherrn von Behr-Pinnow sind die Geschäfte gemacht worden von Leuten namens Steinborn, Cohn und Wiener, der Geschäftsführer hieß Blenk. (Hört, hört! rechts.) Das zur Vervollständigung des Bildes. (Sehr gut! rechts.) Vor der Ergänzung der Bundesratsverordnung sollte man sich mit der Industrie verständigen. Gegen Verfehlungen muß eingeschritten werden, aber am siegreichen Frieden hat auch unsere Industrie ihren Anteil. (Beifall rechts.)

Abg. Mumm (Dt. Fr.): Dem ehrlichen Kaufmannsstand alle Achtung, aber nicht jenem Kriegshändlergeist, den einst die Rothschilde gegründet haben, und jene Leute, die sich bei Kriegsbeginn an Behörden und Abgeordnete herandrängten. Hoffen wir, daß das Blitzlicht der Reichstagsverhandlungen, die, die durch den Krieg nur gute Geschäfte machen wollen, schrecken wird.

Abg. Henke (Unabh. Soz.): Für eine Militarisierung der Betriebe sind wir auf keinem Fall zu haben. Gegenüber dem Rüstungskapital hat die Heeresverwaltung nicht militärische Schneidigkeit, sondern eine Schafsgeduld bewiesen. Militarismus und Kapitalismus hängen eben zusammen. Redner schildert Vorgänge bei einem angeblich brüskierten Vorgehen der Militärs gegen die Arbeiterschaft der Daimlerwerke beim Streik.

General Scheuch: Sowohl der Abgeordnete Erzberger hat vor der Osterpause als auch der Abgeordnete Mumm heute von der Tätigkeit meines Amtsvorgängers General Gröner zu einem Wucher der Preise gesprochen, und sie haben behauptet, daß

General Gröner bei dieser Tätigkeit Widerstände gefunden habe,

ja sie haben seinen Abgang mit diesen Dingen in Verbindung gebracht. Nachdem ich mein Amt angetreten habe, habe ich sofort Ermittlungen nach dem Vorhandensein einer Denkschrift anstellen lassen, die General Gröner über die Möglichkeit eines Abbaues der Preise aufgestellt haben soll. Eine solche Denkschrift habe ich im Kriegsamt nicht vorgefunden, und auch der Obersten Heeresleitung ist davon nichts bekannt. Der Abgeordnete Mumm machte auch dem früheren Kriegsminister von Falkenhayn den Vorwurf, er habe zwischen Algeciras und dem Mord von Serajewo verabsäumt, für die wirtschaftliche Mobilmachung Deutschlands zu sorgen. Das muß ich richtigstellen. Im Kriegsministerium und auch von anderen Reichsbehörden ist selbstverständlich auch an unserer wirtschaftlichen Mobilmachung gearbeitet worden. Diese Arbeiten fand General von Falkenhayn vor, und er hat sie, wie dies seiner Eigenart entspricht, mit vollster Energie fortgesetzt. Es wurde auch gesagt, erst als Not am Mann gewesen wäre, sei Rathenau geholt worden. Schon lange vorher, im August 1914, ist

Rathenau mit der Bildung der Kriegsrohstoffabteilung beauftragt

worden. Der kolossale Verbrauch auf allen Gebieten der Kriegsrüstung in den ersten Kriegswochen hat nicht nur uns, sondern auch unsere Gegner überrascht. Unsere Gegner waren aber besser daran, die Lücken auszufüllen. Die Frage, ob es richtig sei, daß die Gewehrfabrik Mauser in Oberndorf mit der Arbeitseinstellung gedroht habe, beantworte ich dahin, daß wohl vor gar nicht langer Zeit eine Preisforderung gestellt worden ist, was ja gutes Recht eines jeden Lieferanten ist, daß aber eine Drohung, die ein Unrecht gewesen wäre, damit verbunden war, ist nicht richtig. Die Preisprüfung findet statt. Ob eine Preiserhöhung überhaupt genehmigt werden wird, steht dahin. Im übrigen möchte ich Sie bitten, im Falle Daimler abzuwarten, bis die eingeleitete gerichtliche Untersuchung abgeschlossen ist. Der Vorwurf des Internationalismus, den der Abgeordnete Henke erhoben hat, kann die Industrie überhaupt nicht erreichen.

Abg. Roske (Soz.): Wenn auch ein Teil des Verfahrens gegen die Daimlerwerke eingestellt ist, so bedeutet doch ihre Drohung einer Einschränkung der Erzeugung ein unerhörtes und durch kein Wort abzumilderndes Vorgehen.

Abg. Haußmann (Fortschr. Volksp.): Die Heeresverwaltung muß der Rüstungsindustrie scharf auf die Finger sehen. Wie ich höre, haben die Löhne 2 Mark pro Stunde erreicht. Auf Abstellung von Mängeln müssen wir dringen, aber es ist unerläßlich, anzuerkennen, daß es die deutsche Industrie gewesen ist, die einer der wichtigsten Faktoren im Weltkriege war. Redner stellt alsdann einige Fragen, die

General Wrisberg dahin beantwortet: Die Heeresverwaltung hat an alle Motorenverfertiger Anfragen gerichtet; ein Teil hat sie beantwortet, ein Teil hat die Antwort verweigert. Auf Grund der erhaltenen Antworten haben wir feststellen können, daß die Preise angemessen waren. Die Angemessenheit der Preise der teureren Fabriken ergab sich aus den von ihnen vorgelegten Berechnungen. Eine Fabrik, die erst anfängt oder die nur wenige Stücke hervorbringen kann, muß natürlich teurer arbeiten als eine solche, die schon im Frieden eingearbeitet war. Der Unkostenzuschlag ist handelsüblich. Die Anforderungen sind gewachsen, die an die Leistungsfähigkeit der Motoren gestellt werden mußten und die auf die Herstellung von wesentlichem Einfluß waren.

Abg. Schiele (Kons.) verwahrt sich gegen die Zusammenstellung mit dem Abgeordneten Henke.

Die Aussprache schließt. — Die Entschließungen des Ausschusses werden angenommen. — Das Haus vertagt sich.

Mittwoch 3 Uhr: Postetat. — Schluß 7 Uhr.

*

⊙ **Berlin, 16. April.** (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Der Aeltestenausschuß des Reichstages hielt Dienstag vor der Plenarsitzung eine Sitzung ab, in der er sich über den Arbeitsplan für die nächste Zeit schlüssig machte. Man kam dahin überein, den Freitag dieser Woche sitzungsfrei zu lassen, an den übrigen Tagen der Woche, ebenso am nächsten Montag, die Sitzung erst um 3 Uhr beginnen zu lassen, um den Ausschüssen Zeit für die Beratung für die dem Reichstag morgen zugehenden Steuervorlagen zu lassen. Die Beratung der Steuervorlage im Plenum soll am kommenden Dienstag beginnen. Bis dahin sollen kleinere Etats in zweiter Lesung erledigt werden, und zwar zunächst der Postetat, dann der Etat für die Reichseisenbahn, der Justizetat und der Etat für das Reichsamt des Innern, der nach der Abzweigung des Reichswirtschaftsamts vom Reichsamt des Innern beträchtlich abgenommen hat, so daß seine Erledigung im Plenum ziemlich rasch vor sich gehen dürfte. Am 27. und 29. April sollen die Vollsitzungen ausfallen. — Ueber die Dauer des diesmaligen Tagungsabschnittes des Reichstages kann noch nichts Bestimmtes gesagt werden, jedoch ist mit einer Erledigung des umfangreichen Arbeitspensums vor Pfingsten unter keinen Umständen zu rechnen, ja es kann mit ziemlicher Sicherheit angenommen werden, daß der Reichstag bis weit in den Sommer hinein tagen muß.

---

* **Die deutsche Botschaft in Moskau.** Legationsrat Dr. Riezler, der unter Herrn v. Bethmann Hollweg der Reichskanzlei angehörte, soll, wie das „B. T." erfährt, der deutschen Botschaft in Moskau als Botschaftsrat zugeteilt werden. Er dürfte sich schon in den nächsten Tagen nach Moskau begeben. Dr. Riezler arbeitete, als er in den Dienst des Auswärtigen Amtes trat, anfänglich in der von Geheimrat Hammann geleiteten Nachrichtenabteilung. Er erwarb sich das besondere Vertrauen des Reichskanzlers, der ihn als Mitarbeiter in seine Nähe zog. Nach dem Rücktritt Bethmann Hollwegs war er bei der deutschen Gesandtschaft in Stockholm tätig.

* **Dr. Köhler**, der bisherige Leiter des Pressedienstes des Reichswirtschaftsamtes, ist aus dem Reichsdienst ausgeschieden, um die Leitung der Geschäftsführung des Hansabundes zu übernehmen.

Der Marine-Etat im Hauptausschuß

⊙ **Berlin, 16. April.** (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Der Hauptausschuß des Reichstages trat heute vormittag wieder zusammen, um den Haushaltplan der Reichsmarineverwaltung zu beraten. Der Berichterstatter Abg. Dr. Pfleger (Ztr.) berichtet über die neu eingeforderten Stellen und die damit in Verbindung stehenden Ansätze. Hinsichtlich eines Teils dieser Wünsche lasse sich ihre Berechtigung nicht in Abrede stellen. Ein Antrag Gothein, Erzberger, Gröber, Naumann u. a. will den Reichskanzler ersuchen, in den Betrieben der Kaiserlichen Marine Beamtenausschüsse einzurichten.

Staatssekretär von Capelle: Weit über die Hälfte der geforderten Beamtenvermehrung ist für die Werften bestimmt. Die Hälfte davon betrifft nur Umwandlungen in etatmäßige Stellen, aber nicht eine eigentliche Vermehrung. Die Neuforderungen sind nur gering. Wesentliche Kriegseinrichtungen müssen in die Friedenszeit übernommen werden und sind neue große Arbeitsgebiete. Die Hilfsbeamten verdienen unseren Dank, aber sie verschwinden bei der Demobilisation. Dann dürfen wir nicht ohne etatmäßige Beamte sein. Während der Kriegsjahre sind nur wenig neue Beamtenstellen gefordert worden, auch jetzt wird die Forderung auf das Notwendigste beschränkt. Dafür bürgt schon die Mitwirkung des Reichsschatzamtes. Die Verhältnisse auf den Werften waren schon vor dem Kriege einer Aenderung bedürftig. Das hat schon der Hauptausschuß anerkannt. Während der Geltung des Flottengesetzes blieb das Beamtenpersonal gegenüber dem militärischen Personal zurück. Das muß geändert werden. Nach dem Kriege werden manche Aenderungen in der Beamtenorganisation eintreten. An Wohlwollen fehlt es der Marineverwaltung nicht, aber es lassen sich nicht alle Wünsche erfüllen.

Abg. Giebel (Soz.): Die militärische Organisation der Baudivisionen bedeutet eine Verschwendung und soll beseitigt werden. Wenn die Beamten ihre Wünsche an der geeigneten Stelle vortragen können, so wird das die Arbeitsfreudigkeit erhöhen. Die Erfahrungen mit den Beamtenausschüssen bei den Eisenbahnen sind durchaus beruhigend. Die Angestellten in Kurland und Flandern sind unzureichend bezahlt, ihre Eingaben blieben unbeantwortet. Es sollte nicht zu viel Anlaß zu Prozessen gegeben werden. Ist es wahr, daß die Marine- und Werftbetriebe militarisiert werden sollen?

Staatssekretär von Capelle: Die Baudivision in Kiel ist praktisch aufgelöst. Es wäre unrichtig, die Angestellten hinsichtlich der Zulage besser zu behandeln als die Beamten. Prozesse strengen nicht wir an, sondern sie werden uns aufgehängt. Eine Militarisierung unserer Betriebe ist bisher nicht erfolgt. Weiteres ist abzuwarten. Zu Vorschlägen in der grundsätzlichen Stellung der Beamtenausschüsse ist nur der Reichskanzler und das Reichsamt des Innern berechtigt. Der Staatssekretär begründet dann die Notwendigkeit der angeforderten Stellen in zum Teil vertraulichen Ausführungen. Nachdem noch Abg. Giebel (Soz.) die Stellung des Staatssekretärs zur Frage der Beamtenausschüsse bedauert hat, wurde die Weiterberatung auf Mittwoch vertagt.

Die Besetzung von Lehrerstellen an sächsischen Volksschulen

Dresden, 16. April. (Drahtber. unserer Dresdner Schriftleitung.) Der Entwurf eines Gesetzes über die Besetzung von Lehrerstellen an Volksschulen ist als Dekret 35 dem Landtag zugegangen. Er besagt folgendes: Die ersten 15 in dem Kalenderhalbjahr vom Juni 1923 durch Tod, freiwilligen Uebertritt in den Ruhestand oder Amtswechsel frei werdenden Stellen an den Volksschulen, für die das Vorschlagsrecht der obersten Schulbehörde zusteht, werden unmittelbar ohne Mitwirkung des Schulvorstandes und bei Kirchschullehrerstellen im Einverständnis mit der kirchlichen Schulbehörde ohne Mitwirkung des Kirchenvorstandes und des Patronats vorgenommen. In diesem Falle findet § 20 des Gesetzes des Volksschulwesens vom 26. April 1873 keine Anwendung. Dieses Gesetz soll mit dem 1. Juli 1918 in Kraft treten. In der Begründung weist die Regierung darauf hin, daß sich unter den kriegsbeschädigten Lehrern nicht wenige befinden, die infolge ihrer körperlichen Verfassung einzelne Anforderungen des Schuldienstes nicht mehr in früherem Umfange zu erfüllen vermögen und deshalb nicht an jeder Stelle verwendet werden können. Andere bedürfen zur Herstellung oder zur Erhaltung ihrer Gesundheit des dauernden Aufenthalts von Gegenden, die bestimmten gesundheitlichen Anforderungen für sie entsprechen. Diesen unabweisbaren Bedürfnissen will der Regierungsentwurf abhelfen.

*

Dresden, 16. April. (Drahtbericht unserer Dresdner Schriftleitung.) Die Gesetzgebungsdeputation der Zweiten Kammer beriet über die Novelle zum Gerichtskostengesetz. Der Entwurf fand die Zustimmung des Ausschusses. Der Bericht wird demnächst erscheinen. Der außerordentliche Ausschuß für die Neuordnungsfrage hat den Bericht über den nationalliberalen Antrag Dr. Seyfert auf Einsetzung einer Landesschulbehörde fertiggestellt und sich nunmehr der Beratung allgemeiner Fragen zugewendet. Der außerordentliche Ausschuß für das Kohlenregalgesetz hat seine Arbeiten ebenfalls wieder aufgenommen. Es besteht kaum Neigung, den Beschlüssen der Ersten Kammer beizutreten. Wahrscheinlich wird der Ausschuß der Kammer vorschlagen, auf ihren früheren Beschlüssen stehenzubleiben.

Leipziger Kunstverein

Zwei Nachlaßausstellungen beherbergt die diesmalige Schau im Kunstverein. Noch einmal soll die künstlerische Summe eines Menschenlebens gezogen werden, ehe sich die Werke aus den Räumen des Ateliers in alle Welt zerstreuen. Soll da der Kritiker nur den Künstler bewerten, soll er den Menschen nicht auch zu Worte kommen lassen? Insoweit gehe ich, ehe es eine expressionistische Richtung gab, immer schon mit dieser jüngsten Richtung, daß mir jede Kunst Ausdruck ist, und daß ich hinter künstlerischen Taten den Menschen, die Persönlichkeit suche. Wie oft lehne ich Einzelheiten ab, aber immer wieder lockt und fesselt Ewigmenschliches hinter den Werken. Wo ich im Menschen Eigenes treffe, liebe ich den Menschen. Nicht jedem wird es gegeben, in künstlerischer Form sein Eigenstes auszudeuten, blitzt es aber hier und da aus den Farben und Formen auf, vermag ich irgendwie Zwiesprache mit diesem Menschen zu halten, dann kann ich liebgewinnen, was auch stammelnd und unbeholfen in der Kunst vom Menschen redet.

Angelika v. Tischendorf war keine Meisterin der Form. Beinahe überall stört ein Mangel, spürt man Hemmung, sei es der Schulung, sei es des Könnens. Aber wie ein Vogel, wenn er zart zwitschernd im Schlafe anfängt, sein Lied des Tages ahnen läßt, so kann aus diesem Anfingen der Menschenseele in der Kunst die ganze Seele Angelikas v. Tischendorf erfaßt werden. Die Heide liegt ihr, die stille Entsagung dieser Landschaft gleicht ihrem Leben, ihrem Mädchenloos. Sie war im Orient, und ihre Kunst floh die dortigen lauten Farben. Stille, Friede sollte um sie sein, und diese Stille barg die Heide oder ruhendes Gewässer. Künstlerisch sind alle ihre Ausschnitte aus der Landschaft, ein geborenes Künstlertum verrät sich in der bewußten Einseitigkeit. Wenn es ihr versagt blieb, in die Höhe des Künstlertums zu schreiten, an ihren Naturgaben lag es nicht. Das Leben band sie in Fesseln. So wurde ihre Kunst ein Anfingen aus tiefer Nacht, kein frohes Lied sonniger Schaffenstage.

Auf der Höhe seines Könnens nahm der Krieg Franz Hoch, der sich freiwillig dem Vaterlande stellte. Auch er war eine ringende Menschenseele. Zwar war die Malerei von Anbeginn seine Ausdrucksform innerer Kämpfe; doch sie blieb nicht von fremden Einflüssen, die von außen kamen, frei. Bald hat Karlsruher Art auf ihn eingewirkt, bald München, bald Erich Erler, und nur in einzelnen Werken ringt er sich ganz zur Eigenform durch. Dennoch: nie ward er zum Nachahmer, immer ein Suchender, und sicher hätte er sich ganz gefunden, wäre zur eigenen Besinnung gekommen, hätte der Tod ihn nicht auf Wegesmitte getroffen. Vor dieser abgerissenen Entwicklung stehen wir in Trauer, und es ist unsere Verpflichtung gegenüber dem Toten, dem Künstler Franz Hoch, das Eigene in seinen Werken nachzuleben und zu suchen, weil dieser Mensch es wert gewesen ist.

Die Ausstellung der Käthe Kollwitz, eine nachträgliche Ehrung zu ihrem 50. Geburtstage, sah ich in Dresden und in Wiesbaden. Allerdings dort weit reicher und vielgestaltiger. Es ist beschämend und muß einmal ausgesprochen werden: Woran liegt es, daß wir nach Leipzig immer alle Ausstellungen von Künstlerwerken zuletzt und meist stark gekürzt bekommen? Mitunter habe ich in weit kleineren, für Kunst wenig bedeutenden Städten Ausstellungen früher und umfangreicher als in Leipzig gesehen. Das muß anders werden.

Ueber Käthe Kollwitz und ihre Kunst läßt sich nichts Neues sagen. Als eine Meisterin mit männlicher Kraft des Ausdrucks und Wollens ist sie anerkannt. Vielleicht wirkt diese Ausstellung durch die Verwandtschaft und Aehnlichkeit der Vorwürfe einseitiger als die Künstlerin ist. Not und Elend sind ihr Stoffgebiet; doch die Not hat tausend Seiten und wirkt immer neu und groß, wenn ein Auge tief blickt. Vielleicht entschließt sich die plastisch so begabte Künstlerin einmal zur reinen Plastik. Ihr Stoffgebiet würde durch diese neue Formung eine unerhörte Bereicherung erfahren.

Einzelne dazwischengestellte Bildwerke des heimischen Bildhauers P. Stuckenbruch zeigen diesen als einen guten Könner. Die große Marmorbüste des Konsuls Curt B. scheint mir in der Auffassung und im Ausdruck wohlgelungen.

Ueber Franz Staffen oder besser gegen ihn müßte man ein ganzes Buch schreiben; denn seine den Laien blendende Kunst hat mit Kunst so wenig zu tun wie Feuerwerk mit Feuer. Seine sogenannten Phantasieschöpfungen sind zusammengestellte Illustrationen von Worten, keine Visionen in Form und Farbe, angeregt durch Dichtung oder Musik. Wer ihn als echten Ausleger Richard Wagners empfindet, der sieht in Wagner entweder den Wagner des späteren Nietzsche oder sieht nur das Aeußerliche, Sinnliche seiner Musik. Ungeheuer werden in gleicher Weise körperlich behandelt wie die Helden, die Linien der ornamentalen Umkleidungen sind abstrakt und langweilig. Nirgends wird ein Ausdruck versucht, der über das Alltägliche, Allgemeine hinausgeht. Gegen Künstler seiner Art kann man nicht energisch genug Front machen; denn sie sind begabt und opfern ihr heiliges Feuer für Augenblickserfolge bei Durchschnittsmenschen.

Ich bin bereit, an jedem Blatte die Alltäglichkeiten aufzuweisen; doch ich hoffe, der gesunde Sinn der Kunstvereinsbesucher wird danach nicht verlangen. Jedenfalls soll man uns damit vom Leibe bleiben, diese Kunst als deutsch zu erklären.

Wie man Körper in wenigen Strichen mit Leben erfüllen kann, zeigt im Nebenraum Hans Liebmann. Nur der Umriß ist mit leichter Hand heruntergerissen; aber ein ganzer Mensch, ein Temperament steht vor uns. Daher erhascht der Künstler den Rhythmus und den Sinn der Musik, deren Ausdruck der Tanz und die Bewegung ist, wie wenige. Diese Skizzen bedeuten freilich nur einen Anfang. Aus ihnen muß sich die Kunst und das Bild entwickeln. Auch die Plastik kann von dieser Formenauffassung gewinnen.

Einzelne Aquarelle Caroline Kempters verdienen der flotten Technik wegen Beachtung.

Dr. R. C.

Städtische Theater-Intendanz. Eugen Aberer vom Stadttheater in Basel wurde für die Städtischen Bühnen verpflichtet.

Schiller-Verein. Mary Dietrich, deren Auftreten in den Abenden deutscher Meistersprecher durch den Kohlenmangel im Februar unmöglich wurde, ist jetzt durch ihren Gesundheitszustand verhindert, nach Leipzig zu kommen. An ihrer Stelle wird am Mittwoch, den 24. April, Lina Carstens vom Leipziger Schauspielhaus die diesjährigen Meistersprecher-Abende beschließen, indem sie eine Auswahl deutscher Lyrik seit Liliencron vorträgt. Näheres ist aus der heutigen Anzeige zu ersehen.

Die Uebernahme der Chemnitzer Theater in städtische Verwaltung. Aus Chemnitz wird uns geschrieben: Der Direktor der Vereinigten Chemnitzer Stadttheater, R. Tauber, konnte am 13. April auf eine 40jährige Bühnentätigkeit zurückblicken. Dieses Jubiläum brachte ihm eine Fülle von Ehrungen und äußeren Zeichen der Anerkennung für die hohen Verdienste, die er sich als Leiter der Chemnitzer Bühnen in seiner sechsjährigen hiesigen Tätigkeit erworben hat. Besondere Bedeutung nicht nur für den Jubilar, sondern auch für das Theaterleben der Stadt Chemnitz erhielt dieser Tag dadurch, daß die Stadtverordneten in ihrer letzten geheimen Sitzung einer Ratsvorlage zustimmten, nach der von Beginn der neuen Spielzeit ab die städtischen und stadtseitig verpachteten Theater in eigene Verwaltung übernommen werden sollen. Zu ihrer Leitung wird als Intendant Herr Direktor Tauber unter Aufhebung seines Pachtvertrages bestellt. In der Wohnung des neuen Intendanten fand am Sonnabend vormittag eine schlichte Feier statt, bei der Herr Bürgermeister Arlart im Namen des Rates der Stadt Chemnitz Herrn Direktor Tauber von dem vorstehenden Beschlusse und der Ernennung zu Intendanten Kenntnis gab. In Beantwortung der von den Delegierten der verschiedensten Korporationen gehaltenen Ansprachen sprach Herr Intendant Tauber herzliche Worte des Dankes. Am Abend spielte der Jubilar vor einem ausverkauften Hause in meisterhafter Weise den Shylock im „Kaufmann von Venedig". An den einzelnen Aktschlüssen wurde er stürmisch gefeiert.

*

Musik. Die älteste Musikalienhandlung Norwegens, die Firma C. Rabe, Bergen, konnte am 13. April auf ein 60jähriges Bestehen zurückblicken. Der 1897 verstorbene Gründer des Geschäftes war in Ronneburg geboren, also Deutscher (Sachse) von Geburt. Das überaus erfolgreiche Musikaliengeschäft wird jetzt von den drei Töchtern des Gründers geleitet.

*

Leipziger Professoren in Dresden. Innerhalb der Künstlerhilfswoche werden am Mittwoch vier Leipziger Universitätsprofessoren in Dresden sprechen; Geh. Hofrat Dr. Schmarsow über den Auferstandenen und Maria Magdalena in der Kunst von Giotto bis Rembrandt, Prof. Dr. E. Witkowski über die Nibelungendramen Richard Wagners und Friedr. Hebbels. Im Gewerbehaus spricht Prof. Dr. Wackernagel über das Muttergottesbild in der Kunst, Geh. Rat Dr. Köster über Theodor Storm.